

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Öffentliche Verschuldung - Rezession - Bundesbahn - UN - Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Öffentliche Verschuldung - Rezession - Bundesbahn - UN - Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 9, pp. 435-436

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134856>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Öffentliche Verschuldung

Der scheinbare Ausweg

Der Bund hat die Vorkehrungen für einen ersten vorsichtigen Test getroffen, inwieweit Mittel ausländischer Finanzmärkte für die Haushaltsfinanzierung zu mobilisieren sind. Von der Bundesbank ist auf Antrag der Verkauf von Schuldverschreibungen und Kassenobligationen des Bundes ans Ausland genehmigt worden.

Zunächst wird dies keine allzu große Bedeutung haben, denn noch kann sich die öffentliche Hand – wenn auch unter zunehmenden Schwierigkeiten – am deutschen Kapitalmarkt verschulden. Das kann sich jedoch sehr schnell ändern, wenn sich die ersten Anzeichen des vielersehnten Aufschwungs zeigen und auch die Privaten wieder mehr Kredite nachfragen. Denn eine – wie geplant – gleichbleibende staatliche Neuverschuldung und ein konjunkturpolitisch erwünschtes niedriges Zinsniveau schließen sich aus.

In einer solchen Zwangslage erscheint der nun etwas weiter geöffnete Ausweg auf ausländische Finanzmärkte verlockend. Eine Lösung des Problems bietet er jedoch kaum, denn auch auf den einzig in Frage kommenden Euro-Märkten lassen sich Mittel nicht ohne Auswirkungen auf die deutschen Kredit- und Kapitalmärkte beschaffen. Entweder werden – wie das bisher vorgesehen ist – deutsche Wertpapiere zum deutschen Zinsniveau angeboten, dann wird der Aufbringungseffekt gering sein, oder aber man geht einen Schritt weiter und wendet sich direkt an die Euro-Märkte zu den dort geltenden Konditionen. Auf diese Weise ließen sich zwar erhebliche Mittel beschaffen, diese stammten aber wahrscheinlich zum allergrößten Teil aus der Bundesrepublik. Den unerwünschten Zinsauftriebenden im Inland würde mithin auch auf diese Weise kein Einhalt geboten. Man sollte also die finanzpolitische Trickkiste nicht allzu weit öffnen und dafür die Haushaltsansätze für die kommenden Jahre weit nachhaltiger als bisher zusammenstreichen. pg

Rezession

Zäher Konjunkturbel

Die Erfahrung, daß in der Bundesrepublik in der zweiten Rezession der Nachkriegszeit alles so „ganz anders“ ist als früher, hat mit zunehmender Länge des Abschwungs Unternehmer und Verbraucher, Politiker und Wissenschaftler verunsichert. Je nach Temperament und Interessenlage sind manche Stimmen vorsichtiger und leiser,

andere aber um so unabgewogener und lauter geworden.

Die Konjunkturpolitik hat es in dieser Situation schwer, einen Kurs zu finden, der die Rezession überwinden hilft, ohne zugleich die angestrebte Erholung von Produktion und Beschäftigung durch eine erneute Stimulierung des Preisauftriebs zu gefährden. Die jüngsten „Überwinterungshilfen“ für die Bauwirtschaft sind zwar sektoral gezielt, sie deuten aber angesichts der gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen auch auf die Ansicht der Bundesregierung hin, daß die aktuelle Konjunkturlage eine weitere Nachfragestützung erforderlich erscheinen ließe. Die psychologische Wirkung der Anregungsmaßnahmen wird allerdings durch das wenig später verkündete Sanierungsprogramm für die kommenden Haushaltsjahre, das die mittelfristig unausweichliche Konsolidierung der Staatsfinanzen in Angriff nimmt, wiederum eingeschränkt.

Bei der Suche nach der konjunkturellen Standortbestimmung hat das jüngste Sondergutachten des Sachverständigenrates – indem es keine Prognose, sondern nur eine Zielprojektion bot – offenbar verschiedentlich enttäuscht. In Wirklichkeit ist damit indes die strenge Bedingtheit von Konjunkturvorhersagen besonders deutlich gemacht worden. Derartige Klärungen stärken sicherlich vorhandene Neigungen, die Eignung konjunkturwissenschaftlicher Überlegungen als Entscheidungshilfe in Zweifel zu ziehen. Hinter solchen Ansichten verbergen sich aber häufig nur einseitige Interessentenstandpunkte, die ohne den Zwang zur „objektiven“ Rechtfertigung viel ungehinderter geltend zu machen wären. gg

Bundesbahn

Überall ist Bahnland

Zum Ende dieses Jahres wird die Bundesbahn dem Bundesverkehrsminister ihr Konzept für eine Stabilisierung der finanziellen Lage vorlegen. Der Trend steigender Defizite bzw. Bundeszuwendungen an die Bahn – 1970: 3,9 Mrd. DM, 1975: 10,4 Mrd. DM, 1979: ca. 18 Mrd. DM – soll durch radikalen Abbau des derzeit 29 000 km umfassenden Streckennetzes gebremst werden. In bundesbahn-internen Alternativmodellen ist dabei von 6 000 km gewinnbringender, 10 000 km kostendeckender und rund 15 000 km leicht defizitärer Schnellbahnstrecke die Rede.

Das Konzept der Umwandlung von einem gemeinwirtschaftlich orientierten in ein betriebswirtschaftlich rentables Streckennetz hat mit Sicherheit keine politischen Realisierungschancen. Die nach dem Bundesbahngesetz erforderliche Genehmigung

des Sanierungsplans kann der Verkehrsminister kaum erteilen, da hierdurch die bestehenden Grundsätze und Ziele der Verkehrs- und Raumordnungspolitik erschüttert würden. Vor allem das Ziel der Erreichung überall gleichwertiger Lebensbedingungen im Bundesgebiet würde in Frage gestellt, da den unterentwickelten Regionen durch Streckenstilllegungen das Rückgrat ihrer Infrastrukturausstattung gebrochen würde.

Somit stellt sich die Frage, warum überhaupt aufwendige Konzepte für eine betriebswirtschaftlich rentable Bahn entwickelt werden, wenn doch feststeht, daß der Bund seiner Verpflichtung zur Deckung der Defizite aus dem Betrieb volkswirtschaftlich notwendiger Streckennetze ohnehin nachkommen muß. Hinter derart utopischen Sanierungsplänen kann letztlich wohl nur die Absicht vermutet werden, der massiven Kritik an den wachsenden Bahndefiziten einmal den Preis der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der Bundesbahn auf sehr drastische Art entgegenzuhalten.

sf

UN**Einlenken der Industrieländer**

In New York fand Anfang dieses Monats die 7. Sondergeneralversammlung der UN statt. Sie bildete den vorläufigen Höhepunkt einer konzentrierten Folge von Konferenzen und Tagungen, auf denen die Gruppe der 77 – der mittlerweile 109 Entwicklungsländer angehören – versucht, eine neue gerechtere Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen. Als besonders wichtig sehen die Staaten der Dritten Welt die Schaffung einer umfassenden Marktordnung für Rohstoffe, die Indexierung der Rohstoffpreise (Koppelung der Rohstoffpreise an den Preisindex für Industriegüter), die weitere Öffnung der Industrieländermärkte für Importe aus den Entwicklungsländern, die Billigung von Rohstoffkartellen sowie eine verstärkte finanzielle und technische Hilfe an.

Die Haltung der Industrienationen ist gegenüber diesen Forderungen erfreulicherweise flexibler geworden – ohne daß dabei allerdings völlig von marktwirtschaftlichen Prinzipien abgewichen wird. Bemerkenswert ist vor allem das Einlenken der Bundesrepublik und der USA. Diese beiden Staaten stellten in den bisherigen UN-Konferenzen seit der Ölkrise den harten Kern unter den Industrieländern dar. Zwar wird von beiden Staaten – zu Recht – eine Indexierung der Rohstoffe nach wie vor abgelehnt, aber man ist nunmehr zusehends bereit, nicht-marktkonforme Maßnahmen im Bereich der Rohstoffpreispolitik zu akzeptieren. Überrascht hat vor allem, daß Außenminister Genscher über die Bereitschaft zur Rohstofflerlösstabilisierung – wie die EG sie bereits gegenüber

den 46 AKP-Staaten anwendet – hinaus sogar unter bestimmten Bedingungen eine allgemein aufsteigende Tendenz bei Rohstoffpreisen akzeptiert hat. Gelingt es den gemäßigten Entwicklungsländern, diesen Ball der Industrienationen aufzufangen – selbst wenn die Angebote der Industrienationen noch Wünsche offen lassen – so sollten Kompromisse zum Wohle aller Verhandlungsparteien möglich sein. hh

Entwicklungspolitik**CDU-Kongreß in Bonn**

Der entwicklungspolitische Kongreß der CDU, der vor einigen Tagen in Bonn stattfand, dürfte im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in mehrfacher Hinsicht mit Genugtuung aufgenommen worden sein. Erstens wurde des Ministeriums Ansicht unterstützt, daß Entwicklungspolitik im eigenen Lande beginnt, nämlich durch Aufklärung, durch Diskussion und damit durch die Vertiefung des Bewußtseins, daß es sich bei der Entwicklungspolitik nicht um die uneigennützig Vergabe von Almosen handelt, sondern um die Schaffung der Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im ureigensten Interesse der Bundesrepublik. Zweitens kann der Kommentar von BMZ-Angehörigen auf Kohls Kritik an der Bundesregierung, daß am Entwicklungsetat gestrichen worden sei, obwohl das Versprechen, 0,7 % des BSP an öffentlicher Hilfe zu leisten, noch längst nicht erfüllt worden sei, und daß Entwicklungshilfe nicht von den konjunkturellen Entwicklungen in den Industrieländern abhängig gemacht werden sollte, an sich nur lauten: „Haben wir doch immer gesagt“. Und drittens dürfte die Bundesregierung zufrieden das Lob der ausländischen Sprecher des CDU-Kongresses über ihre Wirtschafts- und Entwicklungspolitik angehört haben.

Bemerkenswert war darüber hinaus das klare und eindeutige Bekenntnis von Kohl zur notwendigen Verlagerung von Industrien in Entwicklungsländer. Daß er es wagte, einige Industrien sogar namentlich zu nennen, dürfte noch einige politische Folgen nach sich ziehen. Die Forderung jedoch, die soziale Marktwirtschaft als Leitbild einer Neuordnung der Weltwirtschaft zu erheben, mag zwar manchen auf den ersten Blick bestechen, doch dürften ihrer Einführung nicht nur „praktische“ Hindernisse entgegenstehen. Nicht nur UN-Berater Paul Prebisch („Glauben Sie nicht, daß eine freie Marktwirtschaft den Entwicklungsländern hilft!“) dürfte daran zweifeln, daß das Konzept der sozialen Marktwirtschaft durchführbar ist, solange die Entwicklungsvoraussetzungen auf der Welt so ungleich verteilt sind. ogm